

A2 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss schnellst möglichst klimaneutral werden

Antragsteller*in: Annka Esser, Georg Kössler und Stefan Taschner

Antragstext

1 Für ein klimagerechtes Berlin! - Die Berliner Energie- und Wärmeversorgung muss
2 schnellst möglichst klimaneutral werden

3 Regenwälder brennen, Wüsten breiten sich aus, der Meeresspiegel steigt,
4 Permafrostböden tauen ungebremst auf und setzen klimaschädliche Treibhausgase
5 frei. Weltweit ist die Klimakrise für jede*n immer spürbarer. Und sie ist
6 unzweifelhaft menschengemacht.

7 Im letzten Jahr sind die Folgen durch Wetterextreme und Ernteauffälle auch in
8 Deutschland angekommen.

9 Doch während wir uns über einen nicht eintretenden Winter beschweren, verlieren
10 im globalen Süden Menschen auf Grund von Überschwemmung oder Waldbränden ihre
11 Zuhause. Sie müssen die Folgen am stärksten spüren, obwohl sie am wenigsten zu
12 dieser Krise beigetragen haben und über weniger finanzielle Mittel verfügen um
13 sich dagegen zu schützen.

14 Unser Wirtschaftssystem, was auf der Ausbeutung von Menschen und der Umwelt
15 basiert, ist Ursprung der Klimakrise.

16 Um die Krise zu stoppen, brauchen wir einen Wandel hin zu ökologischem,
17 gemeinwohlorientierten Wirtschaften. Und dieser Wandel fängt mit unserer Politik
18 an.

19 Bei jeder politischen Entscheidung muss uns klar sein: jedes Zehntel Grad
20 globale Erderwärmung bedeutet, dass Tiere und Pflanzen aussterben, dass tausende
21 Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren.

22 Unsere grün linke Antwort auf diese globale Ungerechtigkeit kann deshalb nicht
23 sein, dass wir ein bisschen Klimaschutz betreiben um die 2 Grad Grenze nicht zu
24 überschreiten. Klimaschutz muss zur Priorität werden, sodass wir alles dafür
25 tun, unter der 1,5 Grad globaler Erderwärmung zu bleiben.

26 Reiche Ländern wie Deutschland sind in der Pflicht endlich effektive Maßnahmen
27 zu ergreifen und ihre Zielsetzungen an dem zu orientieren, was renommierte
28 Wissenschaftler*innen schon lange fordern.

29 Gerade Berlin muss seiner globaler Verantwortung gerecht werden und alles dafür
30 tun um schnellst möglichst eine echte Klimaneutralität anzustreben - am Besten
31 bis 2030.

32 Die Energie- und Wärmeversorgung macht in Berlin 70% der CO2 Emissionen aus und
33 gehört damit zu den Sektoren, die am dringendsten transformiert werden müssen.

34 An der Energiewende wollen und müssen wir alle beteiligen. Deswegen wollen wir
35 unsere Energieversorgung bürger*innennah und dezentral umbauen.

36 Klimagerechtigkeit muss zu einer Aufgabe aller Berliner*innen werden. Nur wenn
37 alle ihren Teil dazu beitragen, können wir unsere Lebensweise so umbauen, dass
38 sie nicht auf Ausbeutung von Umwelt und Menschen basiert.

39 Unsere Aufgabe sehen wir dabei über Klimaschutzmaßnahmen zu informieren,
40 Berliner*innen für die Energiewende zu motivieren und ihre Ideen zu fördern
41 statt sie, wie die Bundesregierung, zu boykottierten.

42 Uns bleiben nur wenige Jahre um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, aber
43 wir sehen diese Herausforderung als Chance gemeinsam an einer besseren Welt für
44 alle zu bauen.

45 Klimaschutz braucht Priorität

46 Wir GRÜNE treten als einzige Partei für einen echten Klimavorbehalt ein. Wir
47 wollen über eine reine Klimafolgenabschätzung hinaus gehen. Es ist gut, wenn wir
48 grundlegend transparent machen, wieviel CO2 direkt oder indirekt durch Projekte
49 des Landes verursacht werden. Unsere grünen Freund*innen in Bremen entwickeln
50 dafür aktuell eine Methodik, welche wir in Berlin - sofern möglich - zeitnah
51 übernehmen sollten. Aber es muss darüber hinaus auch ein aufschiebendes Veto -
52 wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) vorgeschlagen - eingeführt
53 werden, welches automatisches oder durch die Senatsverwaltung für Klimaschutz
54 bzw. den Klimaschutzbeirat ausgelöst wird. Damit können Alternativen besser
55 geprüft werden und öffentliche Aufmerksamkeit hilft uns klimaschädliche Projekte
56 zu verhindern bzw. zu verändern. Damit sind klimaschädliche Projekte noch immer
57 möglich - vielleicht weil sie aus anderen Gründen unbedingt nötig sind - aber
58 sie müssen einer intensiveren Alternativenprüfung unterzogen werden.

59 Die ökologische Krise spitzt sich immer weiter zu und stellt die Basis unserer
60 Gesellschaft - eine Umwelt in der und von der wir leben können - in Frage. Es
61 wäre eine Lüge zu sagen, dass dies nicht auch einschneidende politische
62 Entscheidungen erfordert. Es wird dabei auch zu Zielkonflikten kommen und es ist
63 an uns, dass soziale und ökologische Belange dabei höher als angebliche
64 "Wirtschaftlichkeiten" gesehen werden. Denn im aktuellen neoliberalen
65 Wirtschaftssystem bedeutet dies meistens den fossilen Weg. Hier ist es an uns -
66 der Klimapartei Bündnis 90/Die Grünen - diese Zielkonflikte offensiv anzugehen
67 und gar nicht erst in einen angeblichen Widerspruch von "grün vs. rot" oder "öko
68 vs. Wirtschaft" zu geraten. Deshalb werden wir mit der Zivilgesellschaft
69 zusammen im Vorfeld der anstehenden Wahlen offen und ehrlich diskutieren, wie
70 Zielkonflikte rund um z.B. die Mobilitätswende, energetische Sanierungen,
71 Ernährung oder Stadtentwicklung möglichst fair zu lösen sind. Dazu braucht es
72 nicht nur kreative Lösungsideen, sondern auch mehr Verfahrensgerechtigkeit -
73 also eine gute Beteiligung und transparente Politik. Denn auch wenn wir es nicht
74 allen Recht machen können, muss für alle verständlich sein, warum sich für sie
75 liebgegewonnene Gewohnheiten vielleicht ändern müssen. Wir wollen dafür unser
76 Konzept eines Klima-Bürger*innenrats ausarbeiten.

77 Wer ein Dacht hat, hat auch Verantwortung!

78 Mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) haben wir
79 einen Fahrplan zur Klimaneutralität beschlossen. Doch ein Fahrplan ist nix wert,
80 wenn der Bus im Stau steht oder garnicht kommt. Wir müssen uns trauen, in die
81 nächste Phase grüner Klimapolitik zu gehen: Nach der Erstellung von Grundlagen
82 (Mobilitätsgesetz, Umweltgerechtigkeitsatlas, Gründung Regenwasseragentur,
83 Entfesselung Stadtwerk usw.) und ausreichenden Fördermitteln - immerhin fast 100
84 Mio. Euro in 4 Jahren - muss nun eine schlaue Ordnungspolitik hinzu kommen.
85 Ansonsten leistet Berlin keinen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz.

86 Mit der von uns initiierten Solarpflicht kann Berlin weit über die Grenzen der
87 Bundesrepublik hinaus ein leuchtendes Beispiel sein. Denn unsere Dächer sind viel
88 zu wertvoll, um sie nicht zu nutzen um den Planeten zu retten. Das Potenzial
89 über uns ist groß! Bis zu 25% des Stroms können wir in Berlin mit Solaranlagen
90 erzeugen. Dies ist nicht nur für die eigene Bilanz wichtig, sondern auch
91 politisch. Wie wollen wir dem Land Brandenburg erklären, dass sie mehr Windräder
92 zulassen sollen, wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen? Mit der Solarpflicht
93 nehmen wir diese Verantwortung wahr. Dabei wollen wir nicht nur Neubauten,
94 sondern auch im Bestand (sofern eine Sanierung des Dachs ansteht) mit
95 Solaranlagen ausstatten. Wenn Eigentümer*innen dazu nicht in der Lage sind,
96 müssen sie diese Pflicht von Dritten umsetzen lassen. Das könnten die Berliner
97 Stadtwerke mittels Contracting machen.

98 Energetische Sanierung für statt gegen Mieter*innen!

99 Die sozial-ökologische Sanierung ist einer der größten Herausforderungen in der
100 Klimapolitik. Etwa die Hälfte der CO₂ Emissionen in Berlin stammen aus dem
101 Gebäudebereich. Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen wir die Effizienz
102 deutlich steigern.

103 Bisher wurde energetische Sanierung in erster Linie von Immobilienbesitzenden
104 zur Verdrängung genutzt. Es ist also Zeit für einen Neustart.

105 Mieter*innen dürfen nicht mehr allein die Lasten schultern. Wir setzen uns für
106 eine faire Verteilung der Kosten ein. Neben Mieter*innen muss sich auch der
107 Staat verstärkt beteiligen. Doch wir fordern auch von den Immobilienbesitzenden
108 ein, ihrer Verantwortung für den Klimaschutz endlich gerecht zu werden und sich
109 an den Kosten zu beteiligen. Wir Grüne favorisieren deswegen das sogenannte
110 Drittelmodell, wie wir es z.B. auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz
111 beschlossen haben; d.h. es beteiligen sich an den Kosten Mieter*innen, der Staat
112 über Förderprogramme und die Immobilienbesitzende.

113 Das Institut für Energie- und Umweltforschung hat für den BUNDein solches Modell
114 aufgestellt und für verschiedene Märkte durchrechnen lassen. Unsere
115 Bundestagsfraktion hat dies mit der Unterstützung unserer Abgeordnetenhaus-
116 Fraktion hat zum Anlass genommen das Modell auf seine Umsetzbarkeit zu prüfen.

117 Doch wir müssen uns nichts vormachen, so schnell bekommen wir das auf der
118 Bundesebene nicht umgesetzt. Deswegen sind wir aufgefordert zu schauen, was wir
119 wie in Berlin umsetzen können.

120 Mit dem Mietendeckel ist der Beitrag von Mieter*innen auf 1 Euro begrenzt. Er
121 gibt zudem Vorgaben, was unter energetischer Sanierung zu verstehen ist. Beides
122 ist so zu begrüßen. Ein Förderprogramm bei Senatsverwaltung Wirtschaft, Energie
123 und Betriebe soll so auflegt werden, dass es abgerufen wird und in die richtige
124 Richtung lenkt. Um jedoch Immobilienbesitzende an den Kosten zu beteiligen,
125 werden wir um Ordnungsrecht nicht herum kommen. Das Stufenmodell kann für Berlin
126 ein möglicher Schlüssel sein. Dabei soll rechtlich vorgegeben werden, wann
127 welches Haus welchen energetischen Standard erreichen muss. Das zwingt
128 Immobilienbesitzende zur energetischer Sanierung. Sollten Mieter*innenbeitrag
129 und Fördergelder nicht ausreichen muss der Immobilienbesitzende die restlichen
130 Kosten selber tragen. Wir simulieren so nicht nur das Drittelmodell, sondern
131 stellen klare Regeln und Zeitpläne auf und verteilen die Kosten auf alle
132 Schultern.

133 Denn für uns ist klar, Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit kann es
134 nicht geben!

135 Think Global - Act Local!

136 In Berlin nutzen wir alle Potenziale um radikalen Klimaschutz umzusetzen. Viele
137 Regelungen werden aber auch auf Bundes und EU-Ebene beschlossen. Wir werden uns
138 weiter im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Ausbau
139 Erneuerbarer Energien voranbringt, den Ausstieg aus fossilen Energien einleitet
140 und EU-Richtlinien progressiv verfolgt.